

Stadtgemeinde, welche alle Rechte der Aktionäre, mit Ausnahme des Div.-Bezuges, ausüben darf. Bis 1933 waren 305 Aktien (nom. 152 500 RM) zurückgezahlt. — Einlösungsstelle für die Aktien: **Frankfurt a. M.:** Stadthauptkasse.

Statistische Angaben:

Aktienkapital: 260 000 RM in 520 Nam.-Akt. zu 500 RM. Die Aktien unterliegen der Auslos. Bis 1933 waren 305 Aktien (nom. 152 500 RM) zurückgezahlt. Einlösungsstelle für die Aktien: **Frankfurt a. M.:** Stadthauptkasse (s. a. u. Gewinnverteilung). Auf Grund einer Vereinbarung zwischen der Stadt und den einzelnen Aktionären zahlt die Stadt für die Aktien bei Auslosung 600 RM, bei Ausübung des Kaufrechts nach § 7 der Satzung 1200 RM für jede Aktie.

Vorkriegskapital: 520 000 M.

Urspr. 520 000 M, Umstell. lt. G.-V. v. 31./10. 1924 auf 260 000 RM.

Großaktionäre: Die Stadt Frankfurt a. M. besitzt zur Zeit nom. 152 500 RM Aktien der Ges.

Anleihe: 2 100 000 M aufgewertet auf 315 000 RM (noch voll im Umlauf) in Oblig. von 1901. Stücke (Nr. 1—1200) zu 1000 M abgestempelt auf 150 RM. Die Ausgabe der Anleihe ist auf Grund des Magistratsprotokolls vom 23./7. 1901 erfolgt. Die Stadt Frankfurt a. M. hat selbstschuldnerisch Haftung für Kapital und Zs. der Anleihe übernommen. 5 % Zs., ganzjährig am 1./7. **Tilgung** zu pari ab 1934 in längstens 30 Jahren durch jährliche Auslosung auf 2/1.; jedoch hat sich die Stadt Frankfurt a. M. ab 1908 das Recht vorbehalten, jederzeit größere Beträge oder die ganze Anleihe nach 6monatiger Kündigung heimzuzahlen. Zur Sicherstellung der Rechte, welche der Stadt aus dem Verträge mit der Ges. zustehen, sowie der hieraus allenfalls erwachsenden Forderungen, insbesondere der Forderungen aus Ersatz für die von der Stadt zufolge der übernommenen Garantie der Oblig. geleisteten Zahlungen, ist auf das Erbbaurecht eine Sicherheitshyp. von 2 100 000 M an erster Stelle eingetragen. Für rechtzeitige Zahlung der Zs. sowie für Tilg. des Kap. haftet die Ges. mit ihrem Vermögen sowie mit allen ihren Einkünften. **Zahlstelle:** Frankfurt a. M.: J. Ph. Keßler. — **Kurs** in Frankfurt a. M. ult. 1927—1932: 65, 70, 62, — (65), —*, 62 %.

Bestand an Anleihealtbesitz-Genußrechten am 12./3. 1933: nom. 123 900 RM.

Kurs: Die Akt. werden nicht notiert.

Dividenden 1927—1932: 8, 12, 12, 12, 12,

14 %. (In der Div. für 1932 sind 4 % Zusatzdiv. für 1929 und 1931 enthalten.)

Bilanz am 31. Dez. 1932: Aktiva: Anlagevermögen: Gebäude 484 875, elektrische Lichtanlage 5000, Mobilien 1; Umlaufvermögen: Wertpapiere 42 839, zurückgekauft Genußrechte von Franken-Allee A.-G.-Oblig. 3571, Forderungen 16 022, Kassenbestand 495, Postscheckguthaben 599, Bankguthaben 139 859. — **Passiva:** A.-K. 260 000, gesetzliche Reserve 15 482, Reparaturreserve 25 800, Unterst.-Reserve 1824, Delkreder 1574, Oblig. 315 000, Kreditoren: unerhobene Oblig.-Zs. 1249, unerhobene Genußrechtsz. 1487, unerhobene ausgeloste Genußrechte 3881, Lieferanten 2470, Gewinn 64 494. Sa. 693 261 RM.

Gewinn- u. Verlust-Rechnung: Debet: Löhne und Gehälter 11 840, soziale Lasten 1132, Abschreib. auf Gebäude 16 125, do. auf elektr. Lichtanlage 2633, do. auf zurückgekauft Genußrechte von Franken-Allee A.-G.-Oblig. 3570, Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen 1200, do. für unerhobene Genußrechtsz. 502, do. für unerhobene ausgeloste Genußrechte 800, Erbbaupacht und Zs. für Straßen- und Kanälbaukosten 25 516, Oblig.-Zs. 15 750, Besitzsteuern 75 785, allgemeine Verwaltungskosten 9186, Betriebsunkosten 17 697, Bauunterhaltungskosten 48 820, Gewinn 64 494 (davon R.-F. 2050, an Stadtgemeinde Frankfurt a. M. 12 275, Div. auf freie Aktien 10 750, Verz. und Tilg. von Genußrechten 11 508, Zusatzdiv. an Stadt Frankfurt a. M. 3050, do. an freie Aktien 4300, Vergütung an Vorst. 600, Vergütung an A.-R. 3945, Vortrag 16 016). — **Kredit:** Mieten 261 240, Zs. 9028, außerordentliche Erträge 719, Gewinnvortrag aus 1931 24 064. Sa. 295 051 RM.

Erläuterungen zur Bilanz per 31. Dez. 1932: Die Mieterträge sind unter der Einwirkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 und infolge vertraglicher Mietermäßigungen um rund 10 % gegenüber dem Jahre 1931 zurückgegangen. Die Rückstände auf fällige Mieten sind gegenüber dem Vorjahre etwas zurückgegangen. — **Bauunterhaltungskosten** wurden entsprechend der Verminderung des Ertrages etwas eingeschränkt. — Die **Bezüge** des Vorstandes für das Berichtsjahr beliefen sich auf 8400 Reichsmark, die des Aufsichtsrats auf 3945 RM. — Die in den Bilanzen für die Geschäftsjahre 1930 und 1931 ausgewiesene **Rückstellung für einen Beitrag zum Bau eines Volksbildungsheims** an der Galluswarte ist aufgelöst worden, da bei der derzeitigen Notlage mit dem Bau in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann. — Das **Erbbaurecht** der Gesellschaft ist als Rückversicherung für die von der Stadtgemeinde Frankfurt a. M. übernommene selbstschuldnerische Bürgschaft für das Obligationenkapital sowie dessen Verzinsung und Tilgung mit einer Sicherungshypothek in Höhe von 525 000 GM belastet.

Frankfurter Boden-Aktiengesellschaft.

Sitz in Frankfurt a. M. — Verwaltung in Berlin S 19, Wallstraße 63.

Vorstand: Hans Heidelberg, Berlin.

Aufsichtsrat: Vors.: Bank-Dir. Walther Astor, Stellv.: Geh. Reg.-Rat Dr. H. Bachem, Berlin; Architekt Joh. Heil, Rechtsanw. Dr. Alex. Lorch, Frankfurt a. M.

Gegründet: 11./2. 1911; eingetr. 23./2. 1911.

Zweck: Bebauung der im Eigentum der Ges. stehenden u. die Verwaltung ihrer unbebauten und bebauten Grundstücke.

Besitztum: Die Ges. besitzt Gelände Komplexe an der Eschersheimer Landstraße 78 ar 58 qm, an der Philipp-Reis- u. Voltastraße 55 ar 80 qm und an der Ackermann- u. Ehingerstraße 76 ar 10 qm, insgesamt 2 ha 10 ar 48 qm. Die Grundstücke sind mit Wohnhäusern bebaut. Außer diesen bebauten Grundstücken besitzt die Ges. noch rd. 9,92 ha unbebautes Gelände am Marbachweg. Die Siedlung Ackermann-Ehingerstraße wurde Ende 1932 beendet; sämtliche 126 Wohnungen waren vermietet.

Kapital: 300 000 RM in 3000 Aktien zu 100 RM.

Urspr. 4 000 000 M (Vorkriegskapital) in 4000 Akt. zu 1000 M. — Lt. G.-V. v. 13./4. 1926 Umstell. auf 600 000 RM (6% : 1) in 4000 Akt. zu 150 RM. Zwecks Deckung des Verlustes aus 1924 u. 1925 beschloß die G.-V. v. 16./10. 1926 zur Sanierung der Ges. Zusammenleg. des Kap. im Verh. 2 : 1 durch Zusammenleg. von je 4 Akt. zu 150 RM zu 3 Akt. zu 100 RM. Die gegen diesen Beschluß erhobene

Klage wurde kostenpflichtig abgewiesen, so daß die Kapital-Zusammenleg. Ende 1927 rechtskräftig wurde.

Großaktionär: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin.

Geschäftsjahr: Kalenderj. — G.-V.: 1933 am 6./2. — **Stimmrecht:** 1 Aktie = 1 St.

Bilanz am 31. Dez. 1932: Aktiva: Grundst. unbebaut 625 758, bebaut 472 154, Gebäude 2 912 900, Zentralanlagen 15 520, Hypotheken 115 339, Außenstände 17 337, noch nicht ausbezahlte Hypothekenvoluta 539 050, Bankguthaben 19 882, Verlust 9299. — **Passiva:** A.-K. 300 000, gesetzl. R.-F. 60 000, Wertberichtigung 20 119, Hypotheken (2 973 300, abz. Tilgung bis zum 31./12. 1932 29 465) 2 943 834, Bankschulden 621 833, Gläubiger 781 453. Sa. 4 727 239 RM.

Gewinn- u. Verlust-Rechnung: Debet: Verlustvortrag 24 741, allgemeine Geschäftsunkosten 9561, Gerichts-, Anwalts- und Notariatskosten 2482, Steuern 1361, A.-R.-Tant. 5000, Zinsen und Hypothekenzinsen 137 427, Hausunkosten 19 370, Reparaturen 1386, Mieten- und Umlagen-Ausfall 3102, Abschreibungen 25 360. — **Kredit:** Miete-Einnahmen 188 606, sonstige Einnahmen 25 595, Hypothekenzinsen 6290, Verlust (Vortrag aus 1931 24 740, abz. Gewinn in 1932 15 441) 9299. Sa. 229 790 RM.

Dividenden 1927—1932: 0 %.

Zahlstelle: Ges.-Kasse.